

# Steuervermeidung in der EU

## Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

---

Die Mehrheitsfraktionen im EU-Parlament (Konservative, Sozialisten – haha – und Liberale) haben einen Angriff auf das Recht der Konzerne, nur ein Minimum an Steuern zu zahlen, in bewährter Weise weich abgefedert. Ein sanft kritischer Abschlussbericht beendet am Mittwoch das Wirken eines parlamentarischen Sonderausschusses, der sich mit dem sogenannten Luxleaks-Skandal befasste. Es ging dabei um Steuervorbescheide der Luxemburger Regierung an Großkonzerne aus aller Welt, die ihnen bestätigten, dass sie nur minimal besteuert würden, wenn sie den Großteil ihrer Gewinne im Großherzogtum anfallen lassen würden. Der dabei meist angewendete Trick bestand darin, in Luxemburg eine Tochterfirma zu gründen, die die »Patente« des Konzerns hielt und für deren Nutzung Gebühren von den anderen Konzerntöchtern einstrich. Eine nette Form der Gewinnverlagerung, die nicht nur in Luxemburg, sondern auch in anderen Steueroasen angewendet wurde.

Das Ganze kochte vor einem Jahr hoch, kurz nachdem der frühere Luxemburger Premier Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der EU-Kommission gemacht worden war. Angestoßen wurde dieser Skandal von einem Team der *Süddeutschen Zeitung* und zwei öffentlichen Rundfunkanstalten, die Auszüge aus einigen solcher Steuervorbescheide publizierten. Den vielen Medien, die die Nachricht als sensationelle Entdeckung weiterverbreiteten, muss man zum Vorwurf machen, dass sie sich offensichtlich noch nie mit der Steuerpolitik in der EU befasst hatten. Denn es gehört gerade zu den Grundprinzipien dieses Staatenbündnisses, dass hier ein Wettbewerb um die Gunst des großen Kapitals stattfindet. Deshalb ist ausdrücklich keine einheitliche Steuergesetzgebung vorgesehen, die Großunternehmen können sich so organisieren, dass möglichst wenig Abgaben anfallen.

Juncker schien untypisch ratlos, wie er den schrägen Angriff parieren sollte. Er konnte ja schlecht vor großem Publikum die Wahrheit sagen: dass er nämlich das anerkannte Geschäftsmodelle des kleinen Landes und das der großen EU sinnvoll umgesetzt hatte, weil alle Regierungen der wichtigen EU-Staaten schließlich das Wohl ihrer Konzerne im Auge hätten. So griff er zur plumpen Lüge, dass er als Premier Luxemburgs die Praxis der steuermindernden Vorbescheide nicht veranlasst habe, ja nicht einmal darüber informiert gewesen sei.

Das eröffnete aufmüpfigen EU-Parlamentariern, zum Beispiel dem Linken Fabio De Masi, die Möglichkeit, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Dort wurde die überall gewollte Praxis der Steuervermeidung angeprangert, weil es viel anzuprangern gab. Zugleich wurde das Gremium mit Informationen über die Steuerpraxis in den Mitgliedsländern kurzgehalten. Nach zehn Monaten mit vielen Sitzungen forderte nun die Ausschussmehrheit ein härteres Vorgehen gegen Steuervermeidung. Steuervorteile wie in Luxemburg zu erlangen, sollte den Großunternehmen, findet die Mehrheit, erschwert werden.

Wir finden, die Konzerne können stolz auf die Mehrheit ihrer Parlamentarier sein.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Frankfurt am Main

---

<http://www.jungewelt.de/2015/11-28/090.php>